



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 1. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 24.06.2014,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 19:12



**Anwesenheitsliste**

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Dirk Vögeli

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter



Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

AfD

Myriam Kern

Gerhard Mosebach

FDP

Jochen Silbernagel

Piraten

Kim Julia Orth



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Matthias Schmauder

(Landesgartenschau Landau 2015 gGmbH)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Gerhard Becker

(Ortsvorsteher Mörzheim)

Klaus Kißel

(Ortsvorsteher Arzheim)

Michael Niedermeier

(Leiter Pressestelle)

Michael Schreiner

(gewählter Ortsvorsteher Godramstein)

Stefanie Schuster

(Büro für Gremienarbeit)

Dr. Thorsten Sögding

(Ortsvorsteher Nußdorf)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)



Schriftführer

Markus Geib

Abwesend

SPD

Sonja Baum-Baur

nicht entschuldigt



Der Vorsitzende beglückwünschte alle gewählten Ratsmitglieder zu ihrer Wahl in den Stadtrat. Als Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger hätten sie für die nächsten 5 Jahre eine verantwortungsvolle Aufgabe übernommen. Kommunalpolitik sei das befriedigendste Politikfeld überhaupt. Das Rollenverständnis des Stadtrates habe sich durchaus verändert. Aus dem Ratsherr sei der Bürgervertreter geworden, die Verwaltung sei nicht mehr Hoheitsvertreter sondern Dienstleister. Aber trotz Bürgerbeteiligung trage der Rat die Verantwortung für die Entscheidungen. Vor dem Stadtrat lägen nun 5 Jahre, das Jahr 2019 sei die Vision. Man werde dann eine äußerst erfolgreiche Gartenschau erlebt haben, der Wohnpark Am Ebenberg werde deutliche Formen angenommen haben. Im Bürgergraben werden bis dorthin die neuen und die alten Bewohner zu einer guten Nachbarschaft gefunden haben. Am Heinrich-Heine-Platz werde man direkt an der Queich Erlebnisräume finden. Die Baulandstrategie und Dorfentwicklung werde Früchte tragen, im Bereich Inklusion werde man deutliche Schritte nach vorne kommen. Voranschreiten werde auch die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Gewerbegebiet D 10. Er biete allen eine gute, partnerschaftliche und faire Zusammenarbeit an. Landaus Stärke sei die Gemeinsamkeit. Man habe viel erreicht mit Ausdauer und der richtigen Strategie, aber auch mit Fortune. Angesichts der Probleme anderer kreisfreier Städte diskutiere man in Landau auf hohem Niveau. Allerdings setze die Haushaltssituation vielem deutliche Grenzen.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Verpflichtung der Ratsmitglieder
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Wilhelm Prokop
3. Hauptsatzung der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 300/074/2014
4. Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau – Anstalt des öffentlichen Rechts (EWL)  
Vorlage: 300/075/2014
5. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH;  
Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH  
Vorlage: /017/2014
6. Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 300/073/2014
- 6.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Änderung der Geschäftsordnung in § 21  
Einwohnerfragestunde  
Vorlage: 101/222/2014
7. Wahl des/der Beigeordneten
8. Dezernatsverteilung der Stadtverwaltung Landau in der Pfalz  
Vorlage: 101/219/2014
9. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen



Vorlage: 101/220/2014

10. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Bereitstellung von Räumlichkeiten im Rathaus zur Abhaltung einer Bürgersprechstunde  
Vorlage: 101/221/2014
11. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)  
Vorlage: 300/071/2014
12. Widmung Kleiner Saal und Salon Goerke in der Festhalle für Eheschließungen und Begründung von Lebenspartnerschaften  
Vorlage: 300/072/2014
13. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters
14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Verpflichtung der Ratsmitglieder

Der Vorsitzende belehrte die Ratsmitglieder über ihre Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin.

Der Vorsitzende verpflichtete jedes einzelne Ratsmitglied gemäß § 30 der Gemeindeordnung per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Rechte und Pflichten.

Der Vorsitzende gab dann bekannt, dass ihm die Bildung folgender Fraktionen gemeldet worden sei:

- **CDU-Stadtratsfraktion**; Vorsitzender: Peter Lerch
- **SPD-Stadtratsfraktion**; Vorsitzender: Dr. Maximilian Ingenthron
- **Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**; Vorsitzender: Lukas Hartmann
- **FWG-Stadtratsfraktion**; Vorsitzender: Wolfgang Freiermuth
- **UBFL-Stadtratsfraktion**; Vorsitzende: Dr. Gertraud Migl
- **AfD-Stadtratsfraktion**; Vorsitzender: Gerhard Mosebach



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### **Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Wilhelm Prokop**

Der Vorsitzende würdigte die Verdienste von Herrn Wilhelm Prokop. Sein Name sei untrennbar verbunden mit der „Kleinen Bühne“ Landau. Seit 1979 sei er insgesamt 35 Jahre Vorsitzender dieses Vereins gewesen. Er sei maßgeblicher Motor dieser Vereinsgründung gewesen und sei über dreieinhalb Jahrzehnte dieser Motor geblieben. Viele tausend Menschen seien jedes Jahr begeistert von den außergewöhnlichen Leistungen des Ensembles. Das besondere sei, dass die Erlöse an die Indienhilfe von Pater Franklin gehen, in 35 Jahren mehr als 100.000 Euro. Im Jahre 2009 habe Wilhelm Prokop in Anerkennung der jahrzehntelangen Theaterarbeit den Feldbausch-Preis erhalten. Viele Jahre war er Mitglied des Pfarrgemeinderates und des Verwaltungsrates der Pfarrei St. Elisabeth und zudem 10 Jahre lang Mitglied des Stadtrates.

Wilhelm Prokop sei im persönlichen Umgang immer fair, offen und partnerschaftlich gewesen. Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung des jahrzehntelangen hohen ehrenamtlichen Engagements von Herrn Prokop im kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Bereich.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Wilhelm Prokop die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Prokop bedankte sich für die Ehrung. Dieses äußere Zeichen der Nadel solle ihn nicht verletzen, aber pieksen. Er hoffe, dass diese Nadel ihn immer dann piekse, wenn er kürzertreten, aber nicht aufhören solle. Danken wolle er für die vielen Begegnungen mit Menschen in allen Bereichen seines Wirkens. Besonders aber danke er seiner Ehefrau für die jahrelange Unterstützung.



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### Hauptsatzung der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 11. Juni 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Nach Beratungen im Stadtvorstand und den Gesprächen mit den Fraktionen schlage er vor, dass die vorgeschlagene Änderung im § 10 Nr. 2.9 wieder rückgängig gemacht werde und damit wieder die alte bisherige Formulierung gelten werde.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass sich die UBFL in den Beratungen im Ältestenrat dafür eingesetzt habe, dass alle Fraktionen in den wichtigsten Ausschüssen vertreten seien. Kritisch sehe sie die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für den ehrenamtlichen Beigeordneten. Dies sei für sie ein falsches Signal.

Ein falsches Signal sei für sie auch, dass man gezwungen sei, den elektronischen Versand mitzumachen. Zudem halte sie auch eine Erhöhung der Sitze im Hauptausschuss auf 15 für nicht angebracht. Da es nicht möglich gewesen sei in den Vorberatungen die Forderungen durchzusetzen, werde die UBFL-Stadtratsfraktion die Hauptsatzung in der vorliegenden Fassung ablehnen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die moderate Erhöhung der Aufwandsentschädigung des ehrenamtlichen Beigeordneten durchaus gerechtfertigt sei. Man werde künftig nur noch einen ehrenamtlichen Beigeordneten haben. Dieser erhalte einen zusätzlichen Geschäftsbereich, so dass dies mehr als vertretbar sei.

Bei den Ausschussgrößen habe man sich deutlich bewegt. Man habe versucht, bei den Ausschussgrößen alle Fraktionen zu berücksichtigen und einzubinden.

Ratsmitglied Hartmann war der Auffassung, dass die ganz große Koalition eine Hauptsatzung nach ihrem Gutdünken beschließe. Die Parteien, die seit Jahren die Politik der Stadt prägen, hätten sich zusammengefunden und betont, dass es nicht um Personen sondern um Inhalte gehe. Auf die Veröffentlichung des Papiers warte man bis heute, die Inhalte seien nicht ersichtlich.

Die Koalition habe entschieden, die großen Ausschüsse von 14 auf 15 Mitglieder zu erhöhen, wohl wissend, dass dies vier Sitze in den Ausschüssen mehr bedeute. Die Koalition habe auch entschieden, den zweiten Beigeordnetenposten abzuschaffen. Man argumentiere mit einer Kostenersparnis von 17.000 Euro, erhöhe aber gleichzeitig die Aufwandsentschädigung des Beigeordneten.

Ein wichtiger Schritt sei sicherlich die Schaffung einer Stelle als Universitätsbeauftragte, wenn gleich dies den Grünen nicht weit genug gehe. Die Universität sei keine Selbstverständlichkeit, daher wäre eine Beigeordnete mit einem Geschäftsbereich Universität das richtige gewesen. Aber es gehe zumindest in die richtige Richtung. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde die Hauptsatzung in der vorliegenden Fassung ablehnen.

Ansonsten wolle er betonen, dass die Grünen kein Anhängsel seien und auch keine Mehrheitsbeschaffer. Man sei eine Partei mit eigenständigem Gesicht. Er biete eine konstruktive Zusammenarbeit im Stadtrat auf Augenhöhe an.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, dass dies keine Hauptsatzung sei die sich die Koalition zurechtgebastelt habe. Bei den Ausschussgrößen seien gerade die kleinen Fraktionen berücksichtigt worden, damit diese in jedem Ausschuss einen Sitz haben. Im Hauptausschuss habe die CDU ihre 5 Sitze behalten, von dem sie einen an den Kollegen der FDP abtrete.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 8 Nein-Stimmen

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf einer Hauptsatzung als Satzung.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

**Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau – Anstalt des öffentlichen Rechts (EWL)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 12. Juni 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten neuen Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau –AöR“ als Satzung.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

**Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH;  
Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 17. Juni 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Erhöhung der Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH von derzeit 10 Mitglieder auf 13 Mitglieder und der damit verbundenen Änderung des § 9 Abs.1 des Gesellschaftsvertrages der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 11. Juni 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio wies darauf hin, dass man in der letzten Wahlperiode einen stellvertretenden Vorsitzenden für den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt hatte. In § 28 Absatz 3 der Geschäftsordnung fehle dieser stellvertretende Vorsitzende jetzt aber wieder. Da sich dies bewährt habe, sollte man dies wieder aufnehmen.

Der Stadtrat stimmte dieser Ergänzung einstimmig zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja,- 4 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen:

**die als Anlage beigefügte Geschäftsordnung.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.1. (öffentlich)

### **Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Änderung der Geschäftsordnung in § 21 Einwohnerfragestunde**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 8. Juni 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Man wolle den Absatz 2 in § 21, dass Bürger keine Fragen zu nachfolgenden Tagesordnungspunkten stellen dürfen, komplett streichen. Es habe sich in den letzten Jahren verstärkt gezeigt, dass Bürger ihre Meinung zu aktuellen Themen kundtun wollten. Diese Möglichkeit sollte vor Stadtratssitzungen großzügig eingeräumt werden. Die Landesverordnung gebe hier den Stadträten einen Spielraum, dies in der Geschäftsordnung so zu regeln. Sie halte dies für ein gutes Zeichen für Bürgerbeteiligung. Das Gegenargument der Beeinflussung der Ratsmitglieder sei für sie nicht sehr gewichtig. Viele Bürger würden erst vor der entscheidenden Ratssitzung merken, dass wichtige Entscheidungen anstehen. Ihnen dann die Möglichkeit zu nehmen, sich im Stadtrat zu äußern, wäre eine unnötige Beschneidung dieser Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung dürfe nicht nur ein schönes Wort sein, sondern müsse auch in der Realität praktiziert werden. Für die UBFL habe die Bürgerbeteiligung Priorität. Es gehöre ja auch Mut dazu, in der Einwohnerfragestunde seine Meinung kundzutun.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man Bürgerbeteiligung und Einwohnerfragestunde voneinander trennen müsse. Man stehe ja mit der Bürgerbeteiligung nicht am Anfang. Ein Rat aber müsse sorgsam beraten können. Sinn und Zweck der Einwohnerfragestunde sei es, Fragen zu stellen und nicht in aktuelle Debatten einzusteigen und die Ratsmitglieder zu beeinflussen. Die praktische Erfahrung der letzten Jahre und die rechtlichen Bedenken hätten gezeigt, dass die derzeit praktizierte Verfahrensweise ausreiche.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass der Oberbürgermeister zu sehr auf dem Thema Bürgerbeteiligung rumreite. Man könnte es auch unter dem Aspekt Mitwirkungsmöglichkeiten und Transparenz sehen.

Ratsmitglied Lichtenthäler empfand die Argumente des Oberbürgermeisters als durchaus nachvollziehbar. Ein Kompromiss könne sein, dass Sachverhalte die vorher nichtöffentlich waren und erst im Stadtrat öffentlich werden, für die Einwohnerfragestunde freigegeben werden. Er wisse, dass sich Verwaltungen mit dem Wort „kann“ immer schwertun, aber vielleicht könne man dies als Kompromiss anbieten.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass sie mit dem von Herrn Lichtenthäler vorgeschlagenen Kompromiss einverstanden wäre.

Ratsmitglied Freiermuth wies die Aussage zurück, dass die Landauer Bürger zu keinem Zeitpunkt Gelegenheit hätten, Meinungen und Anregungen zu aktuellen Themen einzubringen. Dies sei definitiv falsch. Anregungen der Bürger würden sehr wohl aufgenommen, wie das Beispiel Neubau Horstbrücke zeige. Es gehe sehr wohl um Beeinflussung der Ratsmitglieder. Der Rat solle und müsse frei entscheiden können.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Auffassung, dass das Szenario, dass die UBFL-Stadtratsfraktion hier gezeichnet habe, ein wenig überzogen sei. Es habe sicherlich in den vergangenen 5 Jahren einen Lernprozess gegeben. Der Oberbürgermeister habe es aber in seiner Sitzungsleitung sehr flexibel gehandhabt. Das Verfahren sei klug und richtig, man habe oftmals auch mehrere Fragen von Einwohnern zugelassen. Es sei ja das Tagesgeschäft, dass die Ratsmitglieder mit den Bürgern reden. Man sei ja auch in der Stadt unterwegs und die Bürger wenden sich auch an die Fraktionen. Die SPD-Stadtratsfraktion werde den Antrag ablehnen.



Ratsmitglied Lerch sah durchaus einen richtigen Ansatz, das Thema Bürgerbeteiligung auf die Tagesordnung zu setzen. Bürgerbeteiligung könne aber auch mißbraucht werden. Daher sei es sinnvoll, erst einmal das im Stadtrat gemeinsam beschlossene Symposium abzuwarten. Die Ergebnisse sollte man dann im Gesamtpaket besprechen und sehen, was man umsetze.

Ratsmitglied Dr. Migl entgegnete, dass dies kein Schnellschuss sei, sondern von der UBFL gut vorbereitet. Da heute die Geschäftsordnung auf der Tagesordnung stehe, sei es der richtige Zeitpunkt für diesen Antrag. Man sollte es den Menschen so leicht wie möglich machen, sich einzubringen.

Der Vorsitzende war der Auffassung, dass sich die Bürger sehr wohl einzubringen wüssten. Das von der UBFL gezeichnete Szenario gehe an der Realität vorbei.

Der Stadtrat lehnte mit 10 Ja,- 32 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

**den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, den zweiten Punkt des Absatzes 4 des § 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Landau vollständig zu streichen, ab.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

### Wahl des/der Beigeordneten

Der Vorsitzende erläuterte zunächst das Wahlverfahren für die Wahl des Beigeordneten der Stadt Landau.

Er teilte mit, dass die FWG-Stadtratsfraktion Herrn Rudi Klemm zur Wiederwahl vorgeschlagen habe.

Ratsmitglied Hartmann schlug für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Sophia Maroc vor.

Der Vorsitzende berief die Ratsmitglieder Günter Scharhag und Linda Klein als ältestes und jüngstes Ratsmitglied in die Stimmzählkommission.

Die beiden vorgeschlagenen Ratsmitglieder Sophia Maroc und Rudi Klemm stellten sich dem Stadtrat vor.

Ratsmitglied Maroc erklärte, dass sie es für besser hielte zwei Beigeordnete zu haben, da dies dem Stärkeverhältnis des Stadtrates eher entsprechen würde. Daher nehme man sich als drittstärkste Kraft im Rat das Recht einen Beigeordneten zu stellen. Sie räume gerne ein, dass es ungewöhnlich sei mit 23 Jahren als Beigeordnete zu kandidieren. Damit würde man aber der Jugend in der Stadt eine Chance geben, im Stadtvorstand vertreten zu sein. Sie studiere seit 2010 hier in Landau und sei stellvertretende Vorsitzende im Allgemeinen Studierendenausschuss. Da sie nach ihrem Studium promovieren wolle, werde sie auch die gesamten 5 Jahre in Landau bleiben.

Beigeordneter Klemm betonte, dass er seit 20 Jahren in der Politik sei und mittlerweile 15 Jahre dem Stadtrat angehöre. Vor 6 ½ Jahren sei er zum ersten Mal zum Beigeordneten gewählt worden mit den Aufgabenbereichen Lokale Agenda, Volkshochschule und Büro für Tourismus. Nach seiner Wiederwahl sei nun die Zuständigkeit für das neugebildete Umweltamt dazugekommen.

Der Vorsitzende zeigte den Ratsmitgliedern die leere Wahlurne und verschloss diese.

Der Vorsitzende eröffnete dann den Wahlgang.

Die Ratsmitglieder gingen zur Kennzeichnung der Stimmzettel in die Wahlkabine und warfen die Stimmzettel in die Wahlurne. Der Schriftführer vermerkte vor dem Einwurf der Stimmzettel die Stimmabgabe.

Nachdem alle Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben hatten, schloss der Vorsitzende den Wahlgang.

Der Vorsitzende öffnete die Wahlurne und entnahm die Stimmzettel. Er stellte fest, dass alle anwesenden 43 Ratsmitglieder ihre Stimme abgegeben haben.

Er öffnete die Stimmzettel und verlas laut die jeweilige Stimmabgabe.

Nachdem alle Stimmzettel ausgezählt waren, gab der Vorsitzende das Ergebnis der Wahl bekannt:

Abgegebene Stimmen:	43	
Enthaltungen:	2	
Ungültige:		0
Rudi Klemm:		31
Sophia Maroc:	10	



Der Vorsitzende stellte fest, dass **Ratsmitglied Rudi Klemm** somit zum **Beigeordneten der Stadt Landau in der Pfalz** gewählt ist.

Der Vorsitzende fragte Ratsmitglied Klemm, ob er die Wahl annehme.

Herr Klemm erklärte, dass er die Wahl annehme und bedankte sich für das Vertrauen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

**Dezernatsverteilung der Stadtverwaltung Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 18. Juni 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Dezernatsverteilung für die Stadtverwaltung Landau in der Pfalz in der beigefügten Fassung einschließlich den in der Begründung enthaltenen organisatorischen Veränderungen zuzustimmen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

### **Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 12. Juni 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Der Antrag sei als Appell gedacht. Man wolle, dass von der Möglichkeit der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen mehr als bisher Gebrauch gemacht werde, sofern die Gemeindeordnung nicht zwingend eine Nichtöffentlichkeit vorschreibe. In der letzten Legislaturperiode habe es öfters Diskussionen gegeben, ob Dinge der Geheimhaltung unterliegen oder nicht. Die Formulierung in der Gemeindeordnung, dass in der Regel öffentlich getagt wird, sollte in der Praxis großzügig ausgelegt werden. Dies käme den Interessen der Bürger nach politischer Mitwirkung und Information entgegen. Es gebe ein legitimes Interesse nach Transparenz der Entscheidungen auf kommunaler Ebene.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es auch hier verschiedene Sichten auf die Dinge gebe. Es gebe Punkte, die seien vom Charakter her grundsätzlich nichtöffentlich, wie beispielsweise Personalangelegenheiten oder Grundstücksangelegenheiten. Ansonsten seien alle Punkte dann öffentlich, wenn sie entschieden werden. Es gebe aber vorberatende Sitzungen, um die Dinge vor zu besprechen, diese seien dann nichtöffentlich. Es spreche vieles dafür, diese Praxis dem Grunde nach beizubehalten. Wenn Punkte von Beginn an öffentlich beraten werden, dann habe dies einen anderen Charakter. Die Möglichkeit einer Kompromissfindung sei dann deutlich schwieriger.

Ratsmitglieder Dr. Kopf betonte, dass man dem Antrag gerne zustimmen würde. Die Gemeindeordnung lasse es aber nicht zu. Auch die Stellungnahme des Rechtsamtes sei in dieser Hinsicht eindeutig. Es gebe keine Regelungen, die dem Stadtrat mehr Handlungsmöglichkeiten ließen. Wenn eine Vorberatung im Ausschuss erfolge, so habe diese nichtöffentlich zu sein. Auch dies sei ein Grundsatz der Gemeindeordnung. Die Gesetzeslage sei klar und eindeutig.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 7 Ja,- 33 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen

**den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 12. Juni 2014, in den Stadtratssitzungen und den Ausschusssitzungen mehr als bisher von der Möglichkeit der öffentlichen Sitzungstagung Gebrauch zu machen, ab.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Bereitstellung von Räumlichkeiten im Rathaus zur Abhaltung einer Bürgersprechstunde**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 12. Juni 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Es gehe darum, dass die UBFL-Fraktion gerne einmal im Monat eine Bürgersprechstunde abhalten wolle. Bisher müssten interessierte Bürger in die Privatwohnungen der Fraktionsmitglieder kommen. Wenn man für einige Stunden Räumlichkeiten im Rathaus nutzen könnte, wäre dies im Sinne von Bürgerfreundlichkeit. Es würde deutlich machen, dass man auch hierfür das Rathaus öffne.

Der Vorsitzende betonte, dass man seit vielen Jahrzehnten eine andere Regelung in der Stadt Landau habe. Die Fraktionen würden in nicht unerheblicher Höhe Geschäftsführungskosten erhalten. Im Zweifelsfall seien hiervon auch Mietkosten für Räumlichkeiten zu bezahlen. Er sehe keine Notwendigkeit von dieser Regelung abzuweichen.

Ratsmitglied Hartmann entgegnete, dass es auch Parteien gebe, die keine Geschäftsführungskosten bekämen, weil sie keine Fraktion bilden können. Oder es sei bei den kleinen Fraktionen so, dass die Kosten nicht ausreichen, um Räume anmieten zu können. Daher sollte man den kleinen Fraktionen diese Möglichkeit im Rathaus geben.

Ratsmitglied Freiermuth sah in dem Antrag einen Widerspruch in sich. Einerseits plädiere die UBFL für Öffentlichkeit und andererseits biete sie Sprechstunden in privaten Räumen an.

Ratsmitglied Orth erklärte, dass sie keine Möglichkeiten habe, weil sie keine Fraktion habe. Gleichwohl vertrete sie eine Partei und die Bürger würden sich an sie wenden. Sie fände es toll, wenn sich hier eine Möglichkeit finden würde.

Ratsmitglied Dr. Bals gab zu bedenken, ob man dann nicht auch anderen politischen, sozialpolitischen oder gesellschaftlichen Gruppierungen das Rathaus öffnen müsse.

Der Stadtrat lehnte mehrheitlich mit 11 Ja- und 33 Nein-Stimmen

**den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 12. Juni 2014, für eine monatliche Bürgersprechstunde einen Raum im Rathaus nutzen zu können, ab.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

**Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 2. Juni 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung als Satzung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Widmung Kleiner Saal und Salon Goerke in der Festhalle für Eheschließungen und Begründung von Lebenspartnerschaften**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 12. Juni 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch begründete die Vorlage. Es sei dies ein Projekt des Standesamtes und der Stadtholding. Es gebe einen Bedarf an noch größeren Räumlichkeiten für Eheschließungen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**In der Jugendstil-Festhalle werden der Kleine Saal und der Salon Goerke für Eheschließungen und die Begründung von Lebenspartnerschaften gewidmet.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Eilentscheidung des Oberbürgermeisters**

Der Vorsitzende erläuterte seine Eilentscheidung vom 27. Mai 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

**Der Stadtrat nahm die Eilentscheidung zustimmend zur Kenntnis.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf eine Veranstaltung des Bauamtes am 10. Juli 2014 im Rahmen von stadt.weiter.bauen. hin. Dabei gehe es um Freiraum-Strategien für eine erlebenswerte Stadt.

Der Vorsitzende lud weiter zur Eröffnung des Landauer Sommers am 11. Juli 2014 ein.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Mitteilung, wie die Verwaltung zu der Möglichkeit der Benennung von Bürgervertretern für den Arbeitskreis Verkehr stehe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er hier für Bürgervertreter keinen Anlass sehe. Es sei dies kein klassischer Ausschuss, sondern ein Kreis der dem Bauausschuss zuarbeite. Abweichend hiervon sollten lediglich punktuell Betroffene wie der AKU oder der künftige Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen vertreten sein.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Informationen zur Straßenbaumaßnahme in der Böchinger Straße in Godramstein. Es gebe dort wohl Irritationen wegen der Abrechnung.

Bürgermeister Hirsch erklärte, dass es hier um die Einleitung von Fremdwässern gehe. Dieses Thema werde den Stadtrat in dieser Wahlperiode intensiv beschäftigen, da das Kanalsystem mittlerweile im positiven Sinne überholt sei. Man werde sich daher mit einer neuen Gebührenstruktur für das Abwasser befassen müssen.

Ratsmitglied Marquardt fragte nach dem Sachstand der Erkundungsbohrung bei der Geothermieanlage. Er wolle wissen, ob der Betreiber zwischenzeitlich die Genehmigung hierfür beantragt habe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass diesen Sachstand nur das Landesamt für Geologie und Bergbau kenne. Die Stadt werde hier auch nur informiert, wenn der Antrag dort eingehe.

Ratsmitglied Doll sprach das leidige Thema Bahnstufung an. Es habe hier ja eine Unterschriftenliste einer Bürgerin für eine Rampe gegeben. Er bitte hier um einen kurzen Sachstandsbericht.

Der Vorsitzende erläuterte, dass man dies derzeit prüfe. Es gehe nicht um eine öffentliche Unterführung, sondern um Zugänge von den Bahngleisen zum Bahnhofsvorplatz bzw. zum Park & Ride-Platz. Hier gehe es auch um Haftungsfragen. Wenn man es pragmatisch lösen könne, dann werde man es tun.

Ratsmitglied Lerch bat um einen Sachstandsbericht zum Thema Spielplatz Landesgartenschau und Toilette Vinothek.

Der Vorsitzende teilte mit, dass es hier derzeit nichts aktuelles zu berichten gebe. Wenn beide Seiten aufeinander Rücksicht nehmen, dann könne dies kein Problem sein. Man diskutiere hier eine Sache, die hochgespielt werde. Die Verwaltung sei aber an einer Lösung dran. Dies sei eine typisch deutsche Diskussion, die es in anderen Ländern so nicht gebe.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, ob die Kommunalwahl nicht auch Auswirkungen auf die Besetzung des Aufsichtsrates der LGS habe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dieser wie alle anderen Gremien auch bei der nächsten Stadtratssitzung neu gewählt werde.





Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 24.06.2014 umfasst 21 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 113.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter